



Innenausschuss

5. Sitzung (öffentlich)

23. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
|
 | |
| 1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) (siehe Anlage 1) | 6 |
|
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800
Vorlage 17/265

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern | |
|
 | |
| 2. Gesetz über das Verbot der Gesichtverschleierung in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen (Verschleierungsverbotsgesetz Nordrhein-Westfalen – VerschleierungsVerbG NRW) | 14 |
|
Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/522 | |

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion Drucksache 17/522 abzulehnen.

3. Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz! 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/508

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, sich an der vom federführenden Hauptausschuss beabsichtigten Anhörung am 25. Januar 2018 nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

4. Projekt „Feuerwehrensache“ – Förderung des Ehrenamtes der Feuerwehren in NRW 16

Vorlage 17/290

5. Das derzeitige System der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen muss grundlegend überarbeitet werden! Investitionsstau bei Krankenhäusern abbauen ohne Kommunen mehr zu belasten! 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/811

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen.

6. Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

- 7. Was verbirgt sich hinter der „Null-Toleranz-Strategie“ der Landesregierung?** **23**
- Vorlage 17/221
- in Verbindung mit:
- Was steckt hinter der Ankündigung der Landesregierung, zukünftig Kooperationen mit Verbänden der Logistik- und Fernfahrerbranche zu schließen?**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/291
- 8. Diskriminierung von Polizistinnen und Polizisten in NRW (siehe Anlage 2)** **28**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/286
- 9. Pilotprojekt: Einsatz von Tablets in Streifenwagen der Polizei NRW (siehe Anlage 3)** **30**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/307
- 10. Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Entwicklungen im „Fall Wendt“? (siehe Anlage 4)** **32**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/292
- 11. Welche Straftaten wurden bei der „Ende Gelände“ Demonstration am 5. November 2017 im Tagebau Hambach festgestellt und wie werden diese verfolgt?** **33**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/295

- 12. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Situation am Kölner Ebertplatz zu entschärfen?** **38**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/296
- 13. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung als Konsequenz aus den Vorkommnissen in der „Halloween-Nacht“?** **39**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/293
- 14. Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stellt die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht in Frage (siehe Anlage 5)** **40**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/297
- 15. Anzahl der vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamten bei der Polizei in NRW (siehe Anlage 5)** **41**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/298
- 16. Verschiedenes** **42**
Der Ausschuss beschließt, zukünftig auf die Schriftform des Jahrbuches zur Polizeilichen Kriminalitätsstatistik zu verzichten und stattdessen auf eine elektronische Version zurückzugreifen.



Rede von
Minister Herbert Reul
anlässlich der Vorstellung der EP 03 im Innenausschuss
am 23. November 2017
in Düsseldorf

— Es gilt das gesprochene Wort —

Anrede,

unter dem ersten eigenen Haushalt dieser Landesregierung stehen keine roten Zahlen mehr, sondern eine schwarze Null. Der erste Haushalt ohne Schulden seit 45 Jahren.

Das sind gute Nachrichten für dieses Land - denn es zeigt sich: Wir sind nicht nur gewillt, vernünftig und verantwortungsvoll zu haushalten - sondern wir machen es auch! Und wir halten unsere Versprechen:

An der Inneren Sicherheit wird nicht gespart, im Gegenteil. Wir legen noch mal eine Schippe drauf, wir nehmen mehr Geld in die Hand, um die Sicherheit der Menschen so gut es möglich ist sicherzustellen. Die Stärkung der Inneren Sicherheit ist ein Schwerpunkt dieser Landesregierung. Das sehen wir auch am Einzelplan 03.

Wir sind bei den Ausgaben mittlerweile bei 5,5 Milliarden Euro gelandet - eine Steigerung von knapp 170 Millionen Euro im Vergleich zum Haushalt 2017 (inklusive Nachtrag).

Als Innenminister freuen mich diese Zahlen natürlich. Sie bringen aber auch die Kehrseite der

2

Medaille zum Vorschein: Denn die Notwendigkeit dieser Ausgaben macht deutlich, wie ernst die aktuelle Lage ist. Ihnen allen dürfte klar sein: Wir geben dieses Geld nicht zum Spaß aus, sondern weil die Sicherheitslage dieses Handeln erfordert.

Die zusätzlichen Stellen bei der Polizei - 300 zusätzliche Anwärter, 500 Polizeiverwaltungsassistenten - werden dringend gebraucht. Zum einen, um mittelfristig die Verluste durch Pensionierungen, durch Ausscheiden aus dem Dienst, aufzufangen.

Zum anderen, um kurzfristig die Präsenz unserer Polizei in der Öffentlichkeit zu erhöhen - denn wir brauchen jetzt mehr Polizei auf der Straße. An Brennpunkten. In Angsträumen. Nicht erst in 3 Jahren, wenn die neuen Anwärter fertig ausgebildet sind. Die Entlastung von Verwaltungsaufgaben ist aus meiner Sicht ein wichtiger Baustein, um schnell mehr Beamtinnen und Beamten für polizeiliche Aufgaben zu gewinnen.

Mehr Anwärter, mehr Verwaltungsassistenten - das sind die wichtigsten Maßnahmen - es sind aber nicht die einzigen, die wir treffen, um die Arbeit unserer Polizei zu erleichtern:

- 350 kw-Vermerke bei den Tarifbeschäftigten der Polizei fallen weg - warum es überhaupt diese Vermerke gab, ist mir bis heute schleierhaft.
- 150 Stellen richten wir zusätzlich für Polizeibeamte ein, die länger arbeiten wollen - das ist auch ein Signal in Richtung der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, dass wir ihr Fachwissen, ihre Erfahrung wertschätzen und brauchen.
- Des Weiteren schaffen wir zusätzliche Stellen u.a. für Spezialisten im LKA, für IT-Spezialisten, für Juristen in Polizeibehörden, für den Ausbau von Predictive Policing oder auch den Polizeiarzt und sein Team.
- Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Ausbildung - sowohl bei der Polizei als auch bei der Inneren Verwaltung.

Die zusätzlichen Stellen beim LAFP (15 Stellen) und der FHöV (111 Stellen) brauchen wir zum einen, um die hohen Studierendenzahlen zu bewältigen. Dazu ist die Anmietung von zwei neuen Standorten noch im nächsten Jahr zwingend erforderlich. Wir brauchen also mehr Personal in der Lehre und natürlich auch in der Verwaltung.

Dass die Studierendenzahlen so hoch sind, ist übrigens eine tolle Nachricht und ein gutes Zeichen dafür, dass der öffentliche Dienst in NRW ein attraktiver Arbeitgeber ist. Ich finde, das darf man an dieser Stelle auch mal hervorheben.

3

Zum anderen wollen wir mit mehr Personal auch die Qualität der Lehre insgesamt weiter verbessern. Egal, wie gut man ist: Besser geht immer. Und je besser wir diese jungen Menschen heute ausbilden, umso mehr profitieren wir als Land später davon.

- Auch die Feuerwehren stärken wir durch zusätzliche Stellen im Institut der Feuerwehr - auch hier gilt: eine gute, fundierte Ausbildung ist die Basis, um für diesen Job optimal vorbereitet zu sein.

Anrede,

genügend Personal ist uns viel wert - alleine hilft uns das aber nicht weiter. Wir wollen diese Frauen und Männer auch in die Lage versetzen, ihre Aufgaben jeden Tag bestmöglich zu erledigen.

Deshalb investieren wir nachhaltig in den Sachhaushalt - alleine rund 724 Mio. EUR für unsere Polizei. Das sind - wenn wir den Digitalfunk außen vor lassen - 54 Mio. EUR mehr als 2017.

Ich will die wichtigsten Punkte dazu kurz erläutern:

- 19,2 Mio. EUR stellen wir für neue Fahrzeuge zur Verfügung, u.a. in den Bereichen Observation, für die Bereitschaftspolizei oder auch die Wasserschutzpolizei.
- 5,3 Mio. EUR stecken wir in die persönliche Ausstattung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten.

Dabei geht es insbesondere darum, sie im Einsatz zu schützen - vor der leider immer stärker zunehmenden täglichen Gewalt. Aber auch vor terroristischen Angriffen.

Wir investieren daher u.a. in neue Unterziehschutzwesten, in die bereits angekündigten Trageversuche für ballistische Helme, die vor gefährlichen Geschossen schützen sollen und in die Anschaffung von Bodycams.

Das sind wahrlich keine Kleckerbeträge, die wir hier bewegen - und das ist bei diesem Punkt auch gut so: Wenn wir was tun können, um die Sicherheit unserer Polizeikräfte im Einsatz zu verbessern, dann müssen wir das auch angehen.

- Der nächste Punkt: Die IT-Ausstattung unserer Polizei. Wir nehmen 31,7 Mio. EUR in die

4

Hand, um sie zu erneuern und zu verbessern.

Das hört sich nach viel an - ist es auch. Aber auch hier gilt: Diese Summen muss man bewegen, wenn wir mit der technischen Entwicklung Schritt halten wollen - und das müssen wir, denn die Kriminellen tun es auch.

Zum Beispiel, um Cybercrime besser zu bekämpfen. Wir wissen, dass sie ein Problem ist - sie trifft Privatpersonen ebenso wie öffentliche Stellen und Wirtschaftsunternehmen. Wir brauchen eine moderne Struktur, damit unsere Polizei effektiv dagegen vorgehen kann.

Zu IT gehören auch die mobilen Endgeräte - da müssen wir dringend nachlegen. Und zwar so, dass es im Alltag auch zu gebrauchen ist.

Auch der Punkt Big Data ist ein Thema - wir leben in einer Zeit der Digitalisierung. Das bedeutet: Bei Ermittlungen und Auswertungen müssen massenweise Daten verarbeitet werden: Bilder, Schriftstücke, und und und. Auch hier müssen wir unsere Behörden in die Lage versetzen, das schnell, effektiv und vor allem effizient zu tun.

Und natürlich gehört auch die Ausweitung der Videobeobachtung dazu - dort, wo es Sinn macht. Ich war vor kurzem bei der Einweihung der neuen Altstadtwache, hier in Düsseldorf. Hier funktioniert das ganz hervorragend - ich wüsste nicht, warum es nicht auch anderswo im Land funktionieren sollte. Wir stellen die notwendigen Mittel dafür jedenfalls bereit.

- Der Bereich der Liegenschaften wird auch verstärkt. Insgesamt sind für Miete Mittel in Höhe von 271,78 Mio. EUR vorgesehen und 165,00 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigungen, um notwendige Neuanmietungen oder Sanierungsmaßnahmen vornehmen zu können. Davon allein für die Polizei 191,17 Mio. EUR Mietmittel und 86,08 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigungen.

Ich habe in diesem Ausschuss am 28.09.2017 auf den großen Sanierungsbedarf der Liegenschaften im Innenressort, insbesondere im Polizeibereich, hingewiesen. Mittel hierfür werden wir zunächst über die Bau- und Mietliste 2018 erhalten. Die Größenordnung der Mittel aus der Bau- und Mietlisten lag in den letzten Jahren bei durchschnittlich 60 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung pro Jahr. Mir ist bewusst, dass das nicht ausreichen kann. Ich bin daher mit dem Finanzminister im Gespräch, wie eine zusätzliche Mobilisierung erreicht werden kann.

5

- Auf drei konkrete Projekte, für die im Entwurf für den Haushalt 2018 aber bereits Mittel vorgesehen sind, möchte ich besonders eingehen:
 - 40 Mio. Euro stehen als Verpflichtungsermächtigung für Sanierungen der Fortbildungsakademie Herne zur Verfügung.
 - Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung erhält zusätzliche Mietmittel aufgrund der gesteigerten Ausbildung im Polizeibereich. Mehr Auszubildende bedeutet eben auch mehr Raumbedarf. Bei den Mitteln handelt es sich um 38,93 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung und 2,60 Mio. Euro Verstärkung des Miettitels.
 - Für das „Regionale Trainingszentrum“ der Polizei in Essen sind 32,55 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigung vorgesehen.

Daneben investieren wir 4,2 Mio. EUR in den Verfassungsschutz, u.a. für Präventionsprojekte und Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes - darunter der Ausbau von Wegweiser und der Programme gegen Rechts- und Linksextremismus. Wir führen die Programme „Kurve kriegen“ und „klarkommen“ weiter fort, weil wir überzeugt davon sind, dass das gute Programme sind; dass sie uns dabei helfen, Jugendliche und junge Erwachsene wieder in die Spur zu bringen.

Ich habe es eben bereits gesagt: Wir leben in einer digitalen Gesellschaft - sich darauf einzustellen betrifft auch die innere Verwaltung.

Wir haben ein Gesetz zum E-Government, das uns klare Aufträge ins Gebetbuch schreibt:

- elektronische Aktenführung bis 2022,
- elektronischer Aktentausch zwischen den Behörden und
- elektronische Verwaltungsabläufe bis 2031.

Das hört sich nach viel Zeit an - aber wir müssen jetzt damit anfangen, die Weichen zu stellen. Und das tun wir auch:

Wir stellen 2,5 Mio. EUR für die Umsetzung im Innenministerium bereit. Und nochmal 4,5 Mio. EUR für die Bezirksregierungen. Digitale Aktenführung bedeutet vor allem: alle Akten im Geschäftsbereich müssen gescannt und digitalisiert werden - und wir reden hier über eine Größenordnung von ca. 275.000 Akten.

Die Umsetzung des E-Government-Gesetzes begleiten wir mit externem Sachverstand - anders kann

6

es gar nicht funktionieren. Diese Beratung brauchen wir in allen Phasen der Einführung. Denn weg von Papier, hin zu digitalen Datensätzen - das ist ein kleiner Paradigmenwechsel. Aber er ist notwendig, und ich glaube daran, dass das für eine Verwaltung auch große Chancen bieten kann. Auch und gerade für die Beschäftigten, indem wir mobiles Arbeit stärker fördern, indem wir Familie und Beruf besser miteinander in Einklang bringen.

Zuletzt möchte ich noch auf ein Thema hinweisen, das mir an dieser Stelle besonders wichtig ist: wir investieren 1,19 Mio. EUR in eine neue Werbekampagne der Freiwilligen Feuerwehren. Dass eine Landesregierung so viel Geld für eine solche Kampagne bereitstellt, ist einzigartig - aber es ist auch eine tolle Kampagne. Entstanden übrigens aus dem Projekt „Feuerwehrensache“, über das wir ja gleich noch sprechen werden.

Das ist ein Projekt, das wir gerne fortführen, weil es innovativ ist - viele Ideen sind direkt an der Basis entstanden und wurden im Einsatz erprobt. Es ist daher wichtig für die Zukunft unserer Feuerwehren. Weil es darauf ausgerichtet ist, mehr Mitglieder zu gewinnen. Die Zukunft der Feuerwehren hängt vom Nachwuchs ab - wir müssen also gucken, wie wir Menschen gezielt ansprechen.

Wir müssen uns vor Augen halten: Was die vielen Frauen und Männer in der Freiwilligen Feuerwehr leisten, geschieht aus eigenem Antrieb. Neben dem eigentlichen Job, neben der Familie, neben den eigenen Hobbys und Interessen. Ich weiß von vielen Feuerwehrfrauen und -männern, dass sie das mit großer Begeisterung tun - das ist für viele eine absolute Herzensaufgabe. Keine Belastung, sondern eine Bereicherung.

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir dafür sorgen, mehr Menschen dafür zu begeistern, den Funken überspringen zu lassen. „Für mich. Für alle.“ - das ist der Slogan. Ich finde, das hat was. Diese Kampagne ist es wert, überall im Land beworben und verbreitet zu werden. Wir führen sie fort, bis 2019.

Und mir persönlich ist auch sehr daran gelegen, ein weiteres Projekt der Feuerwehren nicht aus dem Auge zu verlieren: Und das sind die Kinderfeuerwehren. Das ist ein Projekt, das eine riesige Nachfrage erzeugt hat - weit mehr Feuerwehren haben Bedarfe angemeldet und eine Förderung beantragt. Der Topf ist leer - und trotzdem werde ich alles versuchen, damit wir dieses Thema nicht im Sande verlaufen lassen.

Das Mindeste wäre, die beantragten Mittel noch irgendwie zusammenzubekommen - vielleicht schaffen wir es aber auch gemeinsam, die Kinderfeuerwehren in Zukunft nachhaltig zu unterstützen.

Es wäre eine Investition, die sich lohnt.

Anrede,

diese Landesregierung hält ihre Versprechen - den besonderen Fokus auf die Innere Sicherheit bildet dieser Haushalt ab. Das ist ein klarer Schwerpunkt des Regierungshandelns - gerade vor dem Hintergrund, dass der Haushalt unterm Strich ausgeglichen ist.

Herzlichen Dank.

1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) (siehe Anlage 1)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800
Vorlage 17/265

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

Minister Herbert Reul (MI) führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will nicht den ganzen Bericht vorlesen, den wir Ihnen ja zugeschickt haben. Der Sinn war ja, dass wir heute in eine erste Debatte eintreten können, weil sowohl der Staatssekretär als auch ich bei der nächsten Ausschusssitzung nicht da sind. Ich bedanke mich noch einmal dafür, dass Sie uns da entgegengekommen sind. Deswegen, finde ich, gehört es sich jetzt auch, dass ich keine lange Rede mehr halte.

Die Daten und Fakten sind Ihnen im Wesentlichen bekannt. Wir haben in diesem Haushalt im Bereich Personal wesentliche Verstärkungen erreicht sowohl mit den 300 zusätzlichen Polizeianwärtern als auch mit den 500 Polizeiverwaltungsassistenten als auch stark im Bereich der Ausbildung, weil logischerweise mehr Polizistinnen und Polizisten, die in die Ausbildung kommen, aber auch an den Fachhochschulen sind, bedeuten, dass wir auch Stellen brauchen.

Wir haben auch beim Landeskriminalamt mit Spezialistenstellen – das sage ich jetzt einmal etwas zusammengefasst – versucht zu verstärken, insbesondere mit Spezialisten für naturwissenschaftliche Bereiche wie Chemie, Biologie, Elektronik usw. und IT. Das hat viel damit zu tun, dass die Anforderungen dort gewachsen sind. Wir werden auch beim Projekt „Predictive Policing“ zusätzliche Stellen haben. – Das sind vielleicht die wichtigsten Hinweise.

Wir haben auch bei der Feuerwehr eine behutsame Vermehrung von Stellen realisiert. Wir haben das Zentrale Betriebliche Gesundheitsmanagement für die Landesregierung bei uns angesiedelt bekommen. Logischerweise brauchten wir dafür auch Stellen. Wir haben auch wieder 16 Stellen für die Qualifizierungsklasse in Düren zur Verfügung gestellt.

Auch bei den Sachmitteln hat es Erhöhungen gegeben, nämlich bei der Polizei 54,66 Millionen €. Das ist sehr stark beim Fuhrpark angesiedelt. Dort gibt es sehr unterschiedliche Maßnahmen. Ich kann sie gerne noch zusätzlich erklären. Es geht natürlich auch um die persönliche Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten. Auch der IT-Bereich ist gemeint. Das trifft in der Konsequenz natürlich auch die Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, weil wir da notwendigerweise auch mehr investieren müssen.

Wir haben bei der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr im Bereich der Personalwerbekampagne „Freiwillige Feuerwehr“ – darüber reden wir später ja noch ausführlicher – auch neue Mittel eingesetzt, nämlich 1,19 Millionen €. Andere Mittel sind

noch bei der IT vorgesehen, vom E-Government über die IT-Ausstattung bis hin zur IT bei den Bezirksregierungen und Ähnliches mehr.

Ich will darauf meine einleitenden Bemerkungen konzentrieren und warte auf Ihre Fragen und Anmerkungen. Dann kann ich mich noch einmal gezielt einbringen, wenn es Nachfragen gibt. Ich hoffe, der Text reicht Ihnen als Vorbereitung für diese Debatte. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Verena Schäffer (GRÜNE) ist der Meinung, ein Haushaltsplan sage viel über die Planungen einer Regierung aus. Im Einzelplan 03 gebe es dabei immer wenig Projekte, denn es gehe viel um Personal und Ausstattung. Sie erinnert an die Aussagen von Monika Düker im Plenum, dass ihre Fraktion es für richtig halte, mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzustellen, was man selbst im Wahlkampf versprochen habe. Auch alle anderen Fraktionen hätten es bei Regierungsübernahme so gemacht.

Die Haushaltsrede des Ministers und der Haushaltsplan offenbarten jedoch wenig eigene Projekte und Ideen für die Zukunft. Rot-Grün hingegen habe seinerzeit rund 5 Millionen € gegen die Jugendkriminalität in die Hand genommen, im Jahr 2010 das Projekt „Kurve Kriegen“ aufgelegt und Geld für das Projekt „Feuerwehrensache“ sowie für Wegweiser zur Verfügung gestellt. Solche zukunftsorientierte konkrete Projekte vermisse sie nun, sodass nach wie vor nicht deutlich werde, was den Markenkern der Politik des Ministers und von Schwarz-Gelb darstelle. Dabei denke sie etwa an ein Projekt gegen Angsträume in den Kommunen. FDP und CDU ließen es an eigenen Ideen mangeln, um die Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen.

Sie fragt nach der Zukunft der Prävention gegen den Neosalafismus, was nicht nur den Einzelplan 03 betreffe. Diesbezüglich erinnert sie an die interministerielle Arbeitsgruppe für ein Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus mit Federführung beim damaligen MIK und MAIS sowie an den sehr umfangreichen Bericht vom April dieses Jahres mit sehr konkreten Vorschlägen für die einzelnen Fachbereiche. Sie möchte wissen, was das Innenministerium davon konkret umsetze.

Sie bedauere sehr, dass die Mittel für das Projekt Kinderfeuerwehren gestrichen würden und es somit auslaufe. Insbesondere Abgeordnete Kirstin Korte von der CDU-Fraktion habe sich dafür in der Vergangenheit sehr stark gemacht und Rot-Grün Gelder zur Stärkung und Einrichtung von Kinderfeuerwehren in den Kommunen zur Verfügung gestellt. In seiner Haushaltsrede weise der Minister nun darauf hin, man müsse die beantragten Mittel doch irgendwie noch zusammenbekommen. Ihr erschließe sich nicht, was er damit meine, denn den Einzelplan 03 liege ja bereits vor. Gegebenenfalls wünsche er sich ja einen interfraktionellen Haushaltsantrag, den sie sofort unterstützen würde, weil sie die Kinderfeuerwehren für ein wichtiges Projekt halte.

Zur von der Landesregierung geplanten Ausweitung der Videobeobachtung möchte sie wissen, wo die Landesregierung auf Grundlage des geltenden Polizeigesetzes die erforderlichen Kriminalitätsschwerpunkte sehe oder ob sie eine Änderung des Polizeigesetzes plane. In diesem Fall müsse sie ihren Zeitplan offenlegen, weil man kein Geld in den Haushalt einstellen könne ohne die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.

Minister Herbert Reul (MI) bringt die Absicht seiner Politik zum Ausdruck, die Polizei zu stärken und sie für ihre Aufgabe besser auszurüsten. Diesbezüglich arbeite er gegenwärtig intensiv Versäumnisse der Vergangenheit auf. Für seine erste Aufgabe halte er es daher, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, weshalb der Haushalt nun mehr Geld für Polizisten, ihre Ausbildung und die Ausstattung von Polizei und Verfassungsschutz enthalte, worin man sehr wohl seine Handschrift erkenne. Ihm gehe es nicht um Showprojekte, sondern um eine praktische Verbesserung der Alltagsarbeit der Polizei.

Die Mittel für Prävention seien ebenfalls erhöht worden.

Selbstverständlich müsse das Polizeigesetz für eine Ausweitung der Videobeobachtung geändert werden, möglicherweise sogar mehrfach. Um das Geld dann zur Verfügung zu haben, müsse er es allerdings bereits jetzt beantragen.

Die zur Verfügung stehenden Mittel reichten nicht aus, um die vorliegenden Anträge im Zusammenhang mit den Kinderfeuerwehren zu erfüllen, was er nicht gut finde. Entsprechende Vorschläge des Parlamentes begrüße er sehr.

Hartmut Ganzke (SPD) unterstreicht, der vorgelegte Haushalt enthalte viele gute Punkte. Insbesondere bei der inneren Sicherheit könne die Landesregierung die SPD-Fraktion an ihrer Seite wissen. Die Haltung des Ministers, gute Projekte der Vorgängerregierung fortzuführen, lobt er ausdrücklich.

Seine Fraktion unterstütze auch die geplanten Neueinstellungen, die aus dem Wahlprogramm der SPD stammten, wohingegen die CDU konkrete Zahlen in ihrem Wahlprogramm verschweige. Insofern zeige sich nun, dass man die gleichen Vorstellungen verfolge.

Er möchte wissen, wie viele neue Stellen es beim Verfassungsschutz gebe und zum 1. Januar 2018 bzw. zum 30. Juni 2018 besetzt würden. Er bittet um Einschätzung, wie Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich mit diesen neuen Stellen beim Verfassungsschutz nun aufgestellt sei.

Nicht nur Gewerkschaften der Polizei hätten die baulichen Zustände mancher Polizeigebäude sehr stark kritisiert. Insofern begrüße man zwar die Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen; zugleich wolle der Minister zunächst einmal die Bau- und Mietliste 2018 abwarten. Er fragt nach, ob es bereits weitere Gespräche für eine stärkere Schwerpunktsetzung bei den Polizeibehörden in der Bau- und Mietliste gebe.

Bei den Kinderfeuerwehren bzw. der Stärkung des Ehrenamtes bei der Feuerwehr würde auch seine Fraktion einen interfraktionellen Haushaltsantrag unterstützen. Sofern der Minister das mit seiner Rede gemeint habe, bitte er um einen entsprechenden Hinweis.

Minister Herbert Reul (MI) bedankt sich ausdrücklich für den Zugang zu den von Hartmut Ganzke aufgeworfenen Fragestellungen. Diesbezüglich erinnert er an seinen Wunsch zu Beginn der Legislaturperiode, bei den wesentlichen Punkten der inneren

Sicherheit über die verschiedenen Rollen von Regierung und Opposition hinaus Gemeinsamkeiten zu erzielen. Dies gelte auch bei der Ressourcenverteilung. Die innere Sicherheit werde in den nächsten fünf bis zehn Jahren bedauerlicherweise einen noch höheren Stellenwert bekommen. An manchen Stellen werde es sicherlich zum Streit kommen, auch bei ideologischen Punkten, weil man möglicherweise ganz andere Ansätze verfolge, aber auf der anderen Seite gebe es auch ganz fundamentale Fragen, bei denen man nach Möglichkeit zusammenstehen solle.

Der Verfassungsschutz erhalte mit dem Haushalt für das Jahr 2018 lediglich acht Stellen, da man bereits mit dem Nachtragshaushalt aufgestockt habe. Im Vergleich der Länder sehe er den Verfassungsschutz allerdings noch nicht gut genug aufgestellt. Daran werde man arbeiten müssen, um den Nachholbedarf aus der Vergangenheit auszugleichen. Die bereits verabschiedeten 96 zusätzlichen Stellen müsse man allerdings erst einmal vornehmlich mit Spezialisten besetzen, die er keinesfalls aus dem Polizeibereich abwerben wolle, da sie andernfalls hinterher dort fehlten. Neben haushaltspolitischen Gesichtspunkten spreche auch dies für einen kontinuierlichen Aufwuchs.

In Bezug auf den Investitionsstau bei Polizeigebäuden werde von 700 Millionen € bis hin zu 1 Milliarde € gesprochen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, weil es der Gesetzgeber nicht zulassen dürfe, dass die Menschen, die einen wichtigen Job erledigten, in nicht akzeptablen Unterkünften hausen müssten. Dabei gebe es alte, unschöne oder farblich unpassende Gebäude, aber bei Schimmel an der Wand oder unsicheren Decken müsse nun wirklich gehandelt werden.

Die Abläufe im Zusammenhang mit den Liegenschaften bei der Polizei stellten sich als sehr kompliziert heraus, was ihm diese Aufgabe erschwere. Man brauche kurz-, mittel- und langfristig wesentlich mehr Geld, dürfe aber zugleich nicht suggerieren, die erforderlichen Mittel auf die Schnelle zur Verfügung stellen zu können, was nur über einen Stufenplan gelinge. Deshalb benenne man nun einige ganz konkrete Projekte, bei denen dringender Handlungsbedarf bestehe.

Er gehe davon aus, dass man bei der Bau- und Mietliste mindestens so gut wegkomme wie beim letzten Mal, hoffe aber zugleich, sich in den Verhandlungen mit den anderen Ressorts durchzusetzen, wenn es auch dort erhebliche Bedarfe gebe. Bereits der zur Verfügung stehende Grundstock sei von 240 Millionen € auf 300 Millionen € erhöht worden. Spannender werde vermutlich der kommende Haushalt, wenn man wisse, wie es mit dem BLB und den Plänen weitergehe.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) erkennt im Haushalt eine klare Schwerpunktsetzung bei der inneren Sicherheit. Ihn freue der interfraktionelle Konsens bei der personellen Ausstattung, denn darin liege ein Unterschied zum rot-grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2012, der bei 2.000 Pensionierungen 1.400 neue Stellen vorgesehen habe. Auch der Bedarf bei der technischen Ausstattung sei unstrittig ebenso wie bei den Liegenschaften. Bei diesen dargestellten Bedarfen könne man nicht noch zugleich in viele Projekte investieren, deren Nutzen sich nicht immer klar ergebe.

Die innere Sicherheit bewege sehr viele Menschen insbesondere mit Blick auf die Terrorgefahr oder Einbruchsdiebstahl, was sich zum Beispiel in den Erhöhungen der Versicherungspolicen der Hausratversicherung konkretisiere. Dies zeige die Auswirkungen, wenn man nicht das tue, was man könne und solle.

Der Haushalt sehe nur eine neue Planstelle für Polizeiarzte vor. Jedoch gebe es nach seinem Kenntnisstand bereits jetzt schon einen sehr hohen Bedarf, der sich durch die zusätzlichen Einstellungen sicherlich noch erhöhen werde, da Polizeiarzte auch im Auswahlverfahren eine Rolle spielten.

Bei den Polizeiverwaltungsassistenten und den Spezialistenstellen könne sich seine Fraktion zudem vorstellen, Sportwissenschaftler für den Gesundheitsbereich einzustellen, um Polizeivollzugsbeamte für andere Aufgaben zu entlasten. Dazu enthalte der Haushaltsplan nichts.

In den Erläuterungen des Haushaltsplans werde von 650 Planstellen zur Übernahme von geprüften Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtlern gesprochen, von denen 514 zum 31. Dezember 2018 kw gestellt würden. Er möchte wissen, ob es sich um Stellen handele, die wegfallen sollten und nun bereinigt werden, oder ob es sich um die 300 zusätzlichen Stellen für das Jahr 2017 und für das Jahr 2018 zuzüglich eines Puffers handele.

Minister Herbert Reul (MI) spricht sich dafür aus, über die Situation der Polizeiarzte noch einmal in Ruhe zu sprechen; die allgemeine Situation im Zusammenhang mit Ärzten in der Bundesrepublik sei bekannt. Er halte es beispielsweise für sinnvoller, die ärztlichen Untersuchungen ganz am Anfang des Einstellungsverfahrens durchzuführen, bevor sich die weiteren Prüfungen anschließen, was aber an der Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeiarzte liege. Polizeiarzte spielten dabei nicht nur beim Einstellungsverfahren eine wichtige Rolle, sondern beispielsweise auch bei der Ausstellung entsprechender Testate bei Dienstunfähigkeit, die häufig sehr lange dauere. Hier werde Polizeiarbeit an vielen Stellen unnötigerweise gehemmt.

Die ersten Polizeiverwaltungsassistenten werde man mit hoher Wahrscheinlichkeit nach einem bestimmten Schlüssel auf die Behörden verteilen, die über ihren Einsatz dann selbst entscheiden könnten. In diesem Zusammenhang werde man auch darüber nachdenken müssen, welche Tätigkeiten bis zu welchem Grad sie übernehmen könnten; zu denken wäre hier beispielsweise an den berühmten Radarwagen, an sportliche Betätigung oder an den IT-Bereich. Die dafür eingesetzte Arbeitsgruppe werde spätestens bis zum Sommer 2018 einen Vorschlag erarbeiten. Man befinde sich in Gesprächen mit den Behörden und habe die Polizeipräsidenten und die Landräte gebeten, Vorschläge aus der Praxis zu machen, denn möglicherweise stelle es sich als wenig intelligent heraus, eine Vorgabe für alle zu machen, sondern stattdessen einen Rahmen vorzugeben. Er heiße jeden Vorschlag herzlich willkommen.

ORR'in Nathalie Schulze-Oben (MI) erläutert, die 650 Stellen betreffen die Kommissarinnen und Kommissare, die ihre Ausbildung im Jahr 2018 beenden und dann in den Polizeivollzugsdienst übernommen würden. Dafür brauche man zunächst 650 Stellen für die insgesamt 1.500 Absolventen. Im Laufe des Jahres wiederum würden Stellen

frei, weshalb man zum Ende des Jahres 514 kw stelle. Auf Dauer benötige man 136 Stellen, um die der Polizeikörper anwachse.

Dr. Werner Pfeil (FDP) fasst zusammen, der Haushaltsentwurf liege auf der Linie des Koalitionsvertrages und werde auch von der Opposition als notwendig angesehen. Dies gelte sowohl für die Stellensituation als auch für die Ausstattung.

Dem von Verena Schäffer bemängelte Fehlen von Visionen widerspricht er, denn der Haushalt enthalte die Vision der Sicherheit, die man durch die im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen herstellen könne.

Seine Fraktion halte es ebenfalls für erforderlich, die benötigten Mittel für die Kinder- und Jugendfeuerwehr zur Verfügung zu stellen. Dazu werde es einen entsprechenden Änderungsantrag von Schwarz-Gelb geben. Die zukünftige Arbeit werde zeigen, dass der Schwerpunkt nicht alleine auf der Polizei liege, sondern auch auf der Feuerwehr. Hier gebe es über die Kinder- und Jugendfeuerwehr hinaus selbstverständlich auch noch ganz andere Themen, die man bearbeiten müsse wie beispielsweise die Beendigung nicht begründbarer Ungleichbehandlungen im Dienstrecht, über die man in Ruhe sprechen müsse, die angesprochene Stärkung des Ehrenamtes, aber auch weitere Themen wie die gesicherte Finanzierung und bürgerfreundliche Initiativen.

Gregor Golland (CDU) hält den Haushaltsentwurf insbesondere vor dem Hintergrund des Plus an innerer Sicherheit trotz vermiedener Neuverschuldung für gelungen. Seine Schwerpunkte lägen beim Personal und bei der dringend benötigten Ausstattung. Er stimme dem Minister zu, die innere Sicherheit werde die Politik zukünftig und langfristig noch intensiver beschäftigen.

Er habe es in seiner siebenjährigen Zugehörigkeit zum Ausschuss selten erlebt, dass sich auch die größte Oppositionspartei zu den positiven Seiten des Haushaltsentwurfs bekannt habe. Auf den Hinweis der Opposition, damit spreche er über seine eigene Fraktion, meint er, die Haushalte der Vergangenheit seien auch nicht so gut gewesen wie der vorliegende Haushaltsentwurf.

Einem interfraktionellen Änderungsantrag zu den Kinderfeuerwehren werde sich seine Fraktion selbstverständlich anschließen.

Er begrüßt ausdrücklich, dass es nun erstmals auch Programme gegen Linksextremismus geben werde, was insbesondere die Grünen bislang verhindert hätten. Er bittet um konkretere Informationen dazu.

Markus Wagner (AfD) schließt sich Gregor Golland an, beim Linksextremismus scheine sich allmählich etwas zu bewegen. Gleichwohl gebe es in Nordrhein-Westfalen staatlich finanzierte linksextreme Strukturen wie beispielsweise in Düsseldorf im Zusammenhang mit „Rock gegen Rechts“ oder in Aachen, wo ein linksextremes Zentrum durch Steuergelder finanziert werde. Ihm fehlten allerdings noch die notwendigen Ansatzpunkte, wie man den Linksextremismus auch dadurch bekämpfe, dass man ihm die entsprechenden Mittel entziehe, insbesondere wenn es sich um Steuermittel handle. Er fragt nach der Analyse des Ministeriums.

Verena Schäffer (GRÜNE) appelliert an Dr. Werner Pfeil, die Themen Feuerwehr und Katastrophenschutz entsprechend der Tradition im Ausschuss gemeinsam zu behandeln, und erinnert diesbezüglich an den gemeinsamen Beschluss des BHKG mit der CDU-Fraktion.

Sie kritisiert die Annahme, die innere Sicherheit durch mehr Polizeipräsenz zu stärken. Sie begrüßt ausdrücklich die Fortführung rot-grüner Projekte. Allerdings verstehe sie nicht, welche Projekte der Minister meine, wenn er von Showprojekten spreche.

Der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe vom 29. März 2017 mit 50 Seiten enthalte zahlreiche sehr konkrete Projekte mit konkret benanntem Finanzbedarf, die lediglich darauf warteten, umgesetzt zu werden. Wenigstens aber könne der Minister vielleicht Auskunft über die Fortführung der interministeriellen Arbeitsgruppe geben.

Ebenfalls stehe die Beantwortung des konkreten Zeitplans zu einer Änderung des Polizeigesetzes im Zusammenhang mit der Ausweitung der Videobeobachtung noch aus.

Der Haushalt sehe zwei neue Stellen für die Überwachung der Quellen-TKÜ vor, von denen sie gerne wüsste, wofür genau sie vorgesehen würden. Auch hier möchte sie gerne wissen, ob sie auf der bestehenden Rechtsgrundlage arbeiten sollten, ob es einen personellen Mehrbedarf gebe oder ob man eine Änderung der Rechtsgrundlage beabsichtige.

Die globale Minderausgabe liege wie in den Vorjahren bei 24 Millionen € bei einer massiven Schrumpfung des Gesamtetats im Einzelplan 03, womit sie quasi aufwachse. Bei der globalen Minderausgabe handele es sich gewissermaßen um die Spardose der Ministerien, um die schwarze Null zu halten. Deshalb möchte sie wissen, in welchen Bereichen das Ministerium Einsparungen plane.

Markus Wagner (AfD) betont, die Förderung des Ehrenamtes liege seiner Fraktion sehr am Herzen, sodass sie alles begrüße, was die Förderung des Ehrenamtes stärke.

In den vergangenen Tagen habe man lesen können, man meine, zu wenige Ressourcen bei den Ordnungskräften zu haben, um den religiösen und den Linksextremismus wirksam bekämpfen zu können. Er möchte wissen, inwieweit sich durch die erhöhten Einstellungen eine Verschiebung in der Extremismusbekämpfung umsetzen lasse.

Minister Herbert Reul (MI) erläutert, die interministerielle Arbeitsgruppe gehe weiter. Man habe das Handlungskonzept beschlossen, an dem auch weiterhin gearbeitet werde. Dafür gebe es einen klaren Zeitplan, nämlich eine Frist bis Mitte 2018. Allerdings brauche man ein bisschen Zeit, sich damit auseinanderzusetzen, um zu entscheiden, was man nun umsetze. Möglicherweise halte eine neue Landesregierung einige Vorstellungen einer alten Landesregierung für falsch.

Zu den einzelnen Extremismusprogrammen könne man inhaltlich in öffentlicher Sitzung nichts weiter ausführen, sondern werde in den entsprechenden Gremien, die einer entsprechenden Geheimhaltung unterlägen, vortragen.

Die alte globale Minderausgabe habe bei 28 Millionen € gelegen; sie liegen nun bei 24 Millionen €. Dies ergebe sich aus den abgegebenen Zuständigkeiten in seinem Ministerium.

Neben finanziellen Mitteln spielten auch Gesetze und die Änderung derselben eine Rolle, um Politik zu verändern. Darüber hinaus spiele auch die Änderung von Einstellungen und Haltungen eine Rolle, die eine Wirkung auf die polizeiliche Arbeit in der Praxis habe. Man sei sicherlich noch lange nicht da, wohin man gerne wolle.

Zur gesetzlichen Grundlage führte aus, es befinde sich derzeit nichts in Änderung. Alle Stellen, die man jetzt einsetze, brauche man für den gegenwärtigen Stand.

(Aufgrund technischer Schwierigkeiten kommt der Ausschuss überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 3 „Gesetz über das Verbot der Gesichtverschleierung in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen (Verschleierungsverbotsgesetz Nordrhein-Westfalen – VerschleierungsVerbG NRW)“ und 4 „Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz!“ vorzuziehen.